

Auch die kanadische Zeitung *Ottawa Citizen* warnt vor einem von der USA und der NATO provozierten Atomkrieg gegen Russland.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 175/15 – 16.09.15

Der kommende Krieg mit Russland

Von David Pugliese

OTTAWA CITIZEN, 21.08.15

(<http://ottawacitizen.com/news/politics/the-coming-war-with-russia>)

Ein paar Monate, bevor er im Juli in den Ruhestand trat, warnte der Chef der kanadischen Luftwaffe in aller Deutlichkeit vor den Konsequenzen, die ein militärisches Eingreifen in der Ukraine haben würde.

"Wir können nur beten, dass sich das NATO-Engagement für die Ukraine nicht zu einem gewaltsamen Militäreinsatz ausweitet, bei dem Ströme von Blut fließen würden," schrieb Lt. Gen. (Generalleutnant) Yvan Blondin in dem Magazin *RCAF Today* (Königlich-kanadische Luftwaffe heute, s. dazu auch <http://shopcanada.mhmpub.com/collections/2015-issues/products/skies-july-august-2015-csv5i4-pre-order>). "Durch eine Kraftprobe mit unseren früheren Feinden im Osten könnten wir alles verlieren, aber nichts gewinnen."

Das ist eine ungewöhnliche und aufrichtige Warnung eines führenden kanadischen Offiziers vor den wachsenden Spannungen und der sich zuspitzenden Situation in der Ukraine. Blondin teilt seine Besorgnis mit anderen Offizieren in den USA und in Europa, die ebenfalls befürchten, dass die in Osteuropa bestehende Pattsituation zwischen Russland und dem Westen mit einem Krieg enden könnte.

Politische und militärische Analysten glauben zwar nicht, dass eine der beiden Seiten absichtlich einen Krieg anfangen würde. Weil derzeit aber starke Truppenverbände (des Westens und Russlands) in sehr geringer Entfernung voneinander operieren, könnte alles Mögliche passieren, warnen sie.

So könnte es zum Beispiel schon durch Missverständnisse bei der Kommunikation zwischen Militäreinheiten zum Blutvergießen kommen.

Auch ein Beinahezusammenstoß, wie er sich im April ereignet hat, als sich über der Ostsee ein russischer Kampffjet des Typs SU-27 (weitere Infos dazu unter https://de.wikipedia.org/wiki/Suchoi_Su-27) auf drei bis sechs Meter einem US-Aufklärungsflugzeug näherte, könnte eine atomare Katastrophe auslösen. Das Pentagon beklagte sich damals bei den Russen über das aggressive Flugverhalten des russischen Piloten; die Russen behaupteten ihrerseits, das US-Spionageflugzeug habe sich mit abgeschaltetem Identifikationstransponder (s. dazu auch <https://de.wikipedia.org/wiki/Transponder#Flugfunktransponder>) ihrer Grenze genähert.

Im Laufe des letzten Jahres haben die Spannungen so stark zugenommen, dass der lettische Außenminister Edgar Rinkevics (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Edgars_Rink%C4%93vi%C4%8Ds) warnte, die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen seien heute wieder so schlecht wie während der Kubakrise Anfang der 1960er Jahre (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Kubakrise>).

Kriegsschiffe der NATO, darunter auch kanadische Fregatten, patrouillieren jetzt regelmäßig im Schwarzen Meer und werden von russischen Kriegsschiffen begleitet und überwacht. Truppen aus den USA, aus Kanada und anderen NATO-Staaten üben vor der Türschwelle Russlands Kampfeinsätze. Im Oktober wird die NATO mit 36.000 Soldaten eines der größten Manöver der letzten Jahre durchführen (s. <http://www.n-tv.de/politik/35-000-Nato-Soldaten-ueben-fuer-den-Krieg-article14786146.html>), um Russland zu signalisieren, dass die Allianz, falls erforderlich, auch bereit ist, militärisch zu reagieren. An diesem Manöver werden sich auch 1.600 kanadische Soldaten mit Kampfjets und fünf Kriegsschiffen beteiligen.

Die NATO hat dieses Manöver sehr frühzeitig angekündigt, um bei Russland keine Missverständnisse aufkommen zu lassen, die zu einer Konfrontation führen könnten. Sie hofft, dass auch Russland seine Manöver wieder ankündigen wird, was es in letzter Zeit nicht mehr getan hat.

Im März hat NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg verkündet, die Spannungen hätten die Kommunikation mit den Russen erschwert und bewirkt, dass in Osteuropa eine ganze Reihe unangekündigter russischer Großmanöver stattfanden. Er zeigte sich besorgt darüber, dass ein nicht angekündigtes Manöver Kampfhandlungen zwischen Streitkräften der NATO und Russlands auslösen könnte, die eine nicht mehr zu stoppende Spirale der Gewalt in Gang setzen würden.

Die Spannungen wurden durch unzutreffende Behauptungen des US-Generals und Oberkommandierenden der NATO Philip Breedlove zusätzlich verschärft. Als die Krise 2014 begann, goss Breedlove mit der Lüge, Russland habe 40.000 Soldaten an der Grenze der Ukraine zusammengezogen und plane eine unmittelbar bevorstehende Invasion, Öl ins Feuer. Monate später behauptete er – erneut, ohne Beweise dafür vorlegen zu können – die Russen seien mit über 1.000 Panzern und starken Truppenverbänden in die Ukraine eingedrungen.

Beamte aus dem Büro der deutschen Kanzlerin Angela Merkel wiesen Breedloves Behauptungen zurück. Deutsche Geheimdienste, die über gute Quellen in der Ukraine verfügen, hatten berichtet, dass es keine russische Invasion gegeben habe. Obwohl Frau Merckels Beamte Breedloves Äußerungen als "gefährliche Propaganda" einstufte, zog der US-General sie nie zurück (s. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/nato-oberbefehlshaber-philip-breedlove-irritiert-allierte-a-1022242.html>).

Im April 2015 musste Breedlove vor US-Senatoren zugeben, dass die NATO und die USA in Wirklichkeit keinerlei "gesicherte Informationen" über gefährliche russische Aktivitäten hatten.

Er gestand ein, dass sich seine Aussagen auf Berichte über ein großes russisches Manöver in Osteuropa stützten, die über soziale Medien verbreitet worden waren. "Durch einige russische Militärübungen wurden wir überrascht, weil wir nur beschränkten Zugang zu russischen Aktivitäten in der Ukraine und keine gesicherten Informationen hatten," erklärte er vor US-Senatoren. (Weitere Infos dazu sind aufzurufen unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP09715_080515.pdf .)

Auch die kanadische Regierung ist wegen eines möglichen Krieges mit Russland besorgt, vertritt aber offiziell die Linie, dass die Situation entschärft werden kann.

"Die aggressive Politik des russischen Präsidenten Wladimir Putin in der Ukraine kann nicht als Einzelfall gewertet werden," erklärte Lauren Armstrong, die Sprecherin des (ka-

nadischen) Verteidigungsministers Jason Kenney. "Wir glauben aber, dass wir durch entschlossenes gemeinsames Handeln mit unseren Verbündeten Herrn Putin von unüberlegten Handlungen abschrecken können."

Andere glauben das nicht. Der Mangel an "gesicherten Informationen", über den Breedlove sprach, hat ehemalige Offiziere in Russland und in den USA dazu veranlasst, ihre jeweiligen Regierungen vor dem Einsatz von Atomraketen zu warnen.

Auch nach dem (vorläufigen) Ende des Kalten Krieges blieben die Interkontinentalraketen einsatzbereit und können von ihren Bedienungsmannschaften auf Befehl immer noch innerhalb von Minuten gestartet werden. Außerdem sieht die russische Militärdoktrin den Einsatz von Atomwaffen jetzt sogar schon in einem konventionellen Konflikt vor, wenn die russischen Streitkräfte den Feind mit konventionellen Waffen nicht mehr aufhalten können.

Im April haben der bereits im Ruhestand befindliche US-General James Cartwright (s. https://de.wikipedia.org/wiki/James_E._Cartwright), der die US-Atomstreitkräfte befehligt hat, und der russische Generalmajor Wladimir Dworkin (s. <http://www.globalzero.org/de/our-movement/leaders/gen-maj-ad-wladimir-dworkin>), der Chef des Forschungsinstituts der strategischen Streitkräfte Russlands war, vor dem hohen Risiko eines versehentlich ausgelösten Atomkrieges gewarnt, falls sich die Situation in der Ukraine weiter verschärft.

Auch Putin hat bereits den Albtraum eines Atomkriegs beschworen. Schon zu Beginn der Ukraine-Krise hat er im August 2014 in einer Rede vor russischen Jugendlichen gesagt: "Man sollte sich nicht mit uns anlegen. Gott sei Dank ist Russland eine der führenden Atomkräfte, und das sollte andere Staaten daran hindern, sich auf einen ausufernden Konflikt mit uns einzulassen."

Monate später bestätigte Putin, dass er während der Krim-Krise die russischen Atomstreitkräfte in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt hatte, um notfalls für eine Kraftprobe mit dem Westen gerüstet zu sein (s. unter <https://www.wsws.org/de/articles/2015/03/18/nucl-m18.html>).

Auch von Michail Gorbatschow, dem ehemaligen Staatspräsidenten der Sowjetunion, kamen Warnungen. Er verteidigt Putins Annexion der Krim, missbilligt aber dessen autoritären Führungsstil; vor allem aber kritisiert er die Ausweitung der NATO bis an die Grenzen Russlands. "Die Situation kann jederzeit explodieren, wenn wir nicht handeln," sagte er dem deutschen Nachrichtenmagazin *DER SPIEGEL* im Januar 2015. (Der Artikel ist nachzulesen unter <http://www.spiegel.de/politik/ausland/gorbatschow-warnt-vor-groessem-krieg-in-europa-a-1012201.html> .) "Moskau traut dem Westen nicht, und der Westen traut Moskau nicht.

"Ein solcher Krieg würde heute wohl unweigerlich in einen Atomkrieg münden. (Wenn angesichts dieser angeheizten Stimmung einer die Nerven verliert, werden wir die nächsten Jahre nicht überleben)," stellte er fest. "Die von beiden Seiten verbreiteten, von Propaganda geprägten Erklärungen machen mir wirklich Angst."

Nicht nur durch ein Missverständnis, auch durch eine langsame, schrittweise Eskalation könnten wir in einen Krieg hineinschlittern. In den ehemaligen Sowjetrepubliken Lettland, Estland und Litauen, die jetzt der NATO angehören, leben viele ethnische Russen. Nach dem NATO-Vertrag müsste die NATO auch ihren baltischen Mitgliedern zur Hilfe kommen, wenn sie angegriffen werden.

Wie würde sich die NATO verhalten, wenn sich Russland in Lettland, Estland oder Litauen einmischen würde, um die Interessen der dort lebenden ethnischen Russen zu wahren?

Was werden NATO-Soldaten tun, die sich zu Manövern in diesen Staaten aufhalten, wenn sie dabei verdeckt operierende russische Soldaten in unkenntlich gemachten Uniformen aufgreifen? Verdeckte russische Einsätze hat es ja auch schon auf der Krim gegeben.

"Es ist nicht schwierig, sich Szenarien vorzustellen, in denen durch US-amerikanische oder russische Aktivitäten eine Kette von Ereignissen ausgelöst wird, die dazu führt, dass sich Soldaten der USA und Russlands gegenseitig umbringen," gaben Graham Allison, ein ehemaliger Staatssekretär im US-Verteidigungsministerium, und Dimitri Simes, der Herausgeber des Magazins *The National Interest*, einer mit Außenpolitik befassten US-Zeitschrift (s. https://de.wikipedia.org/wiki/The_National_Interest), zu bedenken.

In ihrem im April 2015 in *National Interest* unter der Überschrift "Russia and America: Stumbling to War" (Stolpern die USA und Russland in einen Krieg? s. <http://nationalinterest.org/feature/russia-america-stumbling-war-12662>) veröffentlichten Artikel weisen sie auf die Bereitschaft russischer Hardliner zum Einsatz von Atomwaffen hin, falls in einem konventionellen Konflikt eine Niederlage droht. "In der gegenwärtigen Diskussion fragen sich viele, ob Präsident Obama das Risiko einginge, Chicago, New York und Washington zu opfern, um Riga, Tallinn und Vilnius (die Hauptstädte der baltischen Staaten) zu schützen," ist in dem Artikel zu lesen.

"Das ist eine sehr beunruhigende Frage, mit der Sie die Gäste an einem Nachbartisch in einem Restaurant in Washington oder Boston jederzeit verblüffen oder zum Schweigen (und ins Grübeln) bringen können."

Noch unterstützen die US-Amerikaner und Kanadier – zumindest in der Theorie – mehrheitlich eine militärische Reaktion auf die Ukraine-Krise.

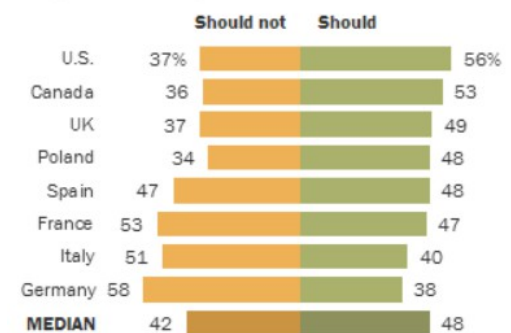
Im Juni führte das in Washington angesiedelte Pew Research Center (weitere Infos dazu unter https://de.wikipedia.org/wiki/Pew_Research_Center) in zehn Staaten eine Meinungsumfrage zur Situation in der Ukraine durch (s. <http://www.pewglobal.org/2015/06/10/nato-publics-blame-russia-for-ukrainian-crisis-but-reluctant-to-provide-military-aid/>). Die Mehrheit der befragten Kanadier und US-Amerikaner äußerte die Meinung, dass ihr Staat militärisch reagieren sollte, falls ein anderes Mitglied der NATO angegriffen wird. (Die Ukraine ist aber kein NATO-Mitglied!) Auch fast die Hälfte der Befragten in Großbritannien, Polen und Spanien signalisierte ihre Zustimmung.

Die Befragten in einigen anderen NATO-Staaten waren jedoch ganz anderer Meinung. "Mindestens die Hälfte der befragten Deutschen, Franzosen und Italiener wollen nicht, dass ihr Staat Gewalt anwendet, um einen von Russland angegriffenen NATO-Verbündeten zu verteidigen," teilte das Pew Center mit. Die Umfrage beruht auf 11.116 Interviews, die in NATO-Staaten, in der Ukraine und in Russland geführt wurden.

Ein weiteres Szenario, das zum Krieg führen könnte, ergibt sich aus unbeabsichtigten Folgen der gegen Russland verhängten Wirtschaftssanktionen. Einige Analysten befürchten, dass sie ein Chaos verursachen könnten, das Russland in mehrere unkontrollierbare, aber atomar bewaffnete Teilstaaten zerfallen lässt.

Many NATO Countries Reluctant to Use Force to Defend Allies

If Russia got into a serious military conflict with one of its neighboring countries that is our NATO ally, do you think our country should or should not use military force to defend that country?

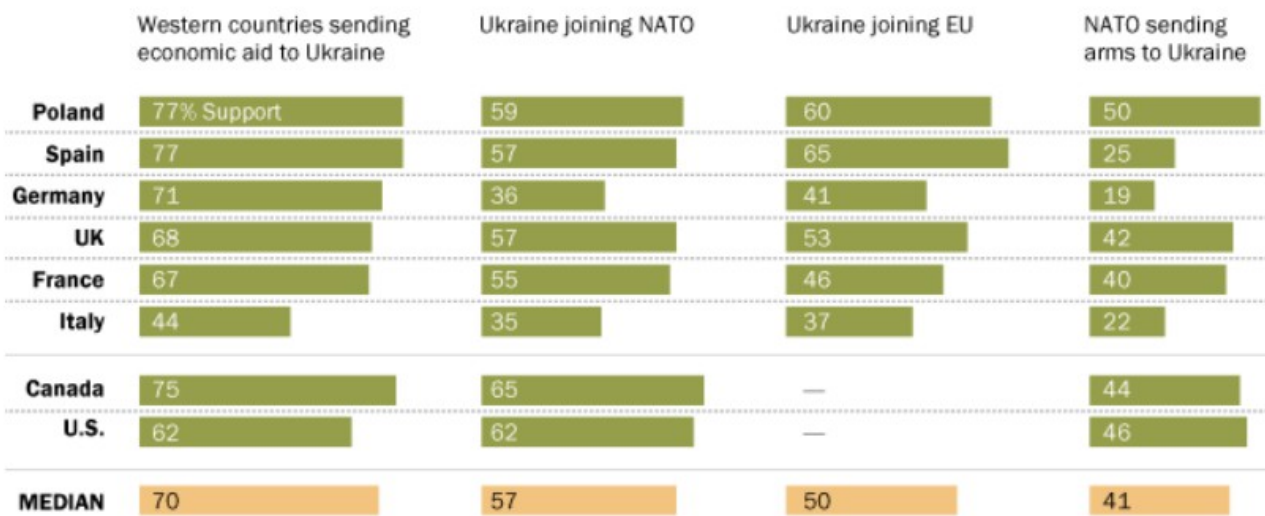


Source: Spring 2015 Global Attitudes survey, Q52.

PEW RESEARCH CENTER

NATO Publics More Supportive of Economic than Military Aid for Ukraine

In response to the situation involving Russia and Ukraine, do you support or oppose the following actions?



Source: Spring 2015 Global Attitudes survey. Q48a-d.

PEW RESEARCH CENTER

Die Sanktionen sollten Putin zwingen, die Ukraine auf- und die Krim zurückzugeben. Sie haben bisher aber nicht die erhoffte Wirkung gehabt, sondern eher die Unterstützung der russischen Bevölkerung für Putin erhöht; nach Erkenntnissen des Pew Centers machen die Russen nämlich den Westen für die wirtschaftlichen Probleme Russlands verantwortlich, die durch die bewusst herbeigeführte Ölpreissenkung entstanden sind.

U.S.-German Divide Over Ukraine

Support for ___ in response to the situation involving Russia and Ukraine

	U.S. %	Germany %	Diff
NATO sending arms to Ukraine	46	19	-27
Ukraine joining NATO	62	36	-26
Use military force to defend NATO ally	56	38	-18
Decreased sanctions on Russia	10	29	+19
Western countries sending economic aid to Ukraine	62	71	+9

Source: Spring 2015 Global Attitudes survey. Q48a-b, d, Q50 & Q52.

PEW RESEARCH CENTER

Kanadas konservative Regierung hat sogar noch härtere Sanktionen gegen Russland gefordert, viele europäische Staaten und besonders Deutschland lehnen die aber ab. Nach Meinung des deutschen Vizekanzlers Sigmar Gabriel würden härtere Sanktionen Russland nur weiter destabilisieren, was niemand wollen könne (s. auch <http://www.faz.net/aktuell/sanktionen-wirken-gabriel-warnt-vor-destabilisierung-russlands-13352451.html>).

Es könnte jedoch schon zu spät sein, um diese Entwicklung noch zu verhindern. Im Frühjahr 2015 teilte Stratfor, ein privater US-Thinktank, der dem US-Militär und der CIA sehr nahesteht, (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Stratfor>) mit, dass die Wirtschaftssanktionen und der niedrige Ölpreis

schon bald zum wirtschaftlichen Zusammenbruch Russlands führen könnten. Dann entstünden kleinere, ärmere und potenziell unkontrollierbare Teilstaaten.

Russlands Zentralregierung würde dadurch die Kontrolle über die 8.000 Atomwaffen des Landes verlieren, was nach Stratfor-Einschätzung "die größte Krise des nächsten Jahrzehnts" heraufbeschwören würde.

"Weil die vielen russischen Atomwaffen über das ganze Land verteilt sind, würde sich nach einem Zerfall der Macht Moskaus die Frage stellen, wer diese Atomwaffen kontrollieren und ihren Einsatz verhindern soll," gab Stratfor zu bedenken.

Die Spannungen zwischen Russland und dem Westen werden in nächster Zeit nicht abgebaut werden können, die Positionen beider Seiten werden sich eher noch weiter verhärten.

Einige der Berater Putins sind der Meinung, dass es der NATO letztendlich darum geht, Russland so zu schwächen, das es dem Westen nicht mehr militärisch oder wirtschaftlich entgegentreten kann. "Der Westen greift uns mit seiner ganzen Finanzkraft an," erklärte Nikolai Starikow (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Nikolai_Wiktorowitsch_Starikow), ein bekannter russischer Wissenschaftler mit engen Verbindungen zum Putin-Regime, auf einem Seminar, das im Dezember 2014 in Russland stattfand. "Der Westen will die wirtschaftlichen Grundlagen eines großen geopolitischen Konkurrenten zerschlagen, weil der seine Kreise stören könnte."

Letzten Monat verkündete Deborah James, die für die U.S. Air Force zuständige Ministerin, vor Kongressabgeordneten, Russland sei wieder zur größten Bedrohung für die USA geworden (s. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/us-air-force-chefin-russland-ist-die-groesste-bedrohung-fuer-die-usa-a-1042755.html>). General Joseph Dunford (s. <http://www.militarytimes.com/story/military/2015/07/29/senate-confirms-dunford/30855815/>), der kommende Chef des US-Generalstabes, schloss sich ihrer Einschätzung an. Und Air-Force-General Paul Selva (s. <http://www.airforcetimes.com/story/military/2015/07/28/selva-mcde-w-confirmed-vice-chairman-jcs-head-trasncom/30776299/>), der demnächst der zweithöchste US-Offizier sein wird, erklärte, Russland habe den Islamischen Staat überholt und stelle jetzt die größte Bedrohung für die USA dar.

Vor einigen Monaten hat sich Chris Alexander, der für Einwanderung und Einbürgerung zuständige Minister Kanadas, bereits ähnlich geäußert. Er sagte, der Krieg im Irak und in Syrien mache zwar auch Probleme, die Bedrohung Nummer 1 für die Sicherheit der Welt gehe aber von der Ukraine-Krise aus. Alexander forderte alle Staaten der Welt auf, sich zusammenzutun und die Russen von der Krim und aus der Ukraine zu vertreiben.

"Es gibt kein Szenario, das dieser Welt eine friedliche und sichere Zukunft und ganz Europa Wohlstand garantiert, wenn versäumt wird, der Ukraine die Werkzeuge zu liefern, die sie braucht, um die Russen von ihrem Territorium zu vertreiben und ihre Grenzen dauerhaft zu sichern," sagte er in einer Rede, die er am 22. Februar in Toronto vor aus der Ukraine stammenden Kanadiern hielt.

Weniger als einen Monat später empfahl Robert Scales, ein Generalmajor der U.S. Army, der früher Chef des War Colleges der U.S. Army war, in deutlicherer Sprache eine ähnliche Lösung der Ukraine-Krise: "Die USA haben nur eine Möglichkeit, das Problem Ukraine zu lösen, indem sie Russen töten, und zwar so viele Russen, dass sogar die von Putin kontrollierten Medien nicht mehr verheimlichen können, wie viele (in der Ukraine) getötete Russen in Leichensäcken in ihr Heimatland zurückkehren," riet der pensionierte US-Offizier.

Wer hat wie viele Atomwaffen? (von der Zeitungsredaktion angefügte ergänzende Information)

Die USA besitzen 7.200 Atomsprengköpfe. Sie sind auf ballistischen Interkontinentalraketen in verbunkerten Silos montiert, auf Raketen, die sich an Bord von U-Booten befinden, und auf Marschflugkörpern, die an strategischen Bombern hängen.

Russland verfügt über 7.500 Atomsprengköpfe und die gleichen Trägersysteme wie die USA. Diese Zahlen schließen auch die Sprengköpfe ein, die in Reserve gehalten werden oder demontiert werden sollen.

Bei den USA und bei Russland sind sowohl die taktischen Atomwaffen mitgezählt, die direkt auf dem Schlachtfeld eingesetzt werden sollen, als auch die strategischen Atomwaffen, die zum Auslöschen von Städten und größeren Zielen vorgesehen sind.

Großbritannien hat 215 Atomsprengköpfe, die von U-Booten oder Bombern gestartet werden können.

Frankreich verfügt über 300 Sprengköpfe, die sich überwiegend auf U-Booten befinden.

Status of World Nuclear Forces 2015*					
Country	Deployed Strategic	Deployed Nonstrategic	Reserve/ Nondeployed	Military Stockpile	Total Inventory
Russia	1,780 ^a	0 ^b	2,720 ^c	4,500	7,500 ^d
United States	1,900 ^e	180 ^f	2,620 ^g	4,700 ^h	7,200 ⁱ
France	290 ^j	n.a.	10 ^j	300	300
China	0 ^k	? ^k	250	250	250 ^k
United Kingdom	150 ^l	n.a.	65	215	215 ^l
Israel	0	n.a.	80	80	80 ^m
Pakistan	0	n.a.	100-120	100-120	100-120 ⁿ
India	0	n.a.	90-110	90-110	90-110 ^o
North Korea	0	n.a.	<10	<10	<10 ^p
Total:^q	~4,120	~180	~6,000	~10,300	~15,700

Quelle: Federation of American Scientists, 2015 (s. <https://fas.org/issues/nuclear-weapons/status-world-nuclear-forces/>)

Nach Angaben der International Campaign to Abolish Nuclear Weapons (der Internationalen Kampagne zur Abschaffung der Atomwaffen, s. <http://www.icanw.org/>) halten die USA und Russland jeweils etwa 1.800 ihrer Atomwaffen in erhöhter Alarmbereitschaft, damit sie auf Befehl innerhalb von Minuten gestartet werden können.

(Wir haben den alarmierenden Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



The coming war with Russia

David Pugliese
August 21, 2015

A couple of months before he retired in July, the head of Canada's air force provided a blunt assessment of what might emerge from the current military mission to Ukraine.

"We pray that our ongoing NATO mission isn't accompanied by the escalation of deadly force and the shedding of blood," Lt.-Gen. Yvan Blondin wrote in the magazine RCAF To-